

Sebastian Kurz
Bundeskanzler

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.295.960

Wien, am 10. Juli 2020

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Kickl, Kolleginnen und Kollegen haben am 12. Mai 2020 unter der Nr. **1943/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Rechtsakte im Zusammenhang mit dem ‚Corona-Wahnsinn‘“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 12:

- *Welche Verordnungen oder Erlässe haben Sie im Zusammenhang mit der COVID-19-Krise erlassen? (Auflistung nach Datum der Erstellung, Rechtskraftdatum, Datum der Auskraftsetzung, GZ und Betreff, sowie – falls öffentlich abrufbar – den Verweis auf den Text bzw. – falls nicht abrufbar – den Text als Anlage)*
- *Ist Ihnen Kritik an möglicherweise verfassungs- und grundrechtswidrigen Verordnungen und Erlässen unter Ihrer Verantwortung bekannt?*
 - a. Wenn ja, welche?*
 - b. Wenn ja, bezüglich welchem Rechtsakt?*
 - c. Wenn ja, wann ist Ihnen diese bekannt geworden?*
 - d. Wenn nein, warum nicht?*
- *Gibt es in Ihrem Ressort ein Protokoll, wie mit dieser Kritik umgegangen werden soll?*

- a. *Wenn ja, welche Schritte sieht dieses vor?*
 - b. *Wenn ja, werden Sie von etwaiger Kritik direkt informiert?*
 - c. *Wenn nein, warum nicht?*
- *Welche der von Ihnen im Zusammenhang mit der COVID-19-Krise erlassenen Verordnungen oder Erlässe sind vermutlich rechtswidrig? (Bitte je Rechtsakt angeben)*
 - *Gegen welche Grund- und Verfassungsrechte verstoßen die von Ihnen erlassenen Rechtsakte? (Bitte je Rechtsakt angeben)*
 - *Zu welchem Zeitpunkt wurde Ihnen die Rechtswidrigkeit der von Ihnen im Zusammenhang mit der COVID-19-Krise erlassenen Verordnungen und Gesetze bekannt? (Bitte je Rechtsakt angeben)*
 - *Ist eine Behebung der rechtswidrigen Rechtsakte geplant? (Bitte je nach Rechtsakt angeben)*
 - a. *Wenn ja, wann und in welcher Form?*
 - *Welche Experten waren in die Erstellung der Verordnungen und Erlässe eingebunden? (aufgelistet nach den einzelnen Rechtsakten)*
 - *Inwiefern war Ihr Koalitionspartner in die Erstellung der Verordnungen und Erlässe eingebunden? (aufgelistet nach den einzelnen Rechtsakten)*
 - *Welche externen Kosten (zB Beratungsleitungen) sind bei der Erstellung der Verordnungen und Erlässe angefallen? (aufgelistet nach den einzelnen Rechtsakten)*
 - *Bei welchen Verordnungen und Erlässen wurde der Verfassungsdienst konsultiert? (aufgelistet nach den einzelnen Rechtsakten)*
 - *Wie lautete jeweils die Stellungnahme des Verfassungsdienstes?*

In meinem Vollziehungsbereich wurden keine Rechtsakte im Sinne der Fragestellung erlassen.

Zu Frage 13:

- *Welche sonstigen Rechtsakte oder ähnliches (zB Rundbriefe, Informationsschreiben, Dienstanweisungen etc.) haben Sie im Zusammenhang mit der COVID-19 Krise erstellt? (Auflistung nach Datum und Betreff, sowie – falls öffentlich abrufbar – den Verweis auf den Text bzw. – falls nicht abrufbar den Text als Anlage)*

Folgende Rund- bzw. Informationsschreiben wurden im Bundeskanzleramt bis zum Anfragezeitpunkt im Zusammenhang mit der COVID-19 Krise an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter übermittelt (siehe Beilagen).

Datum	Betreff
2. März 2020	Information - Umgang mit dem Coronavirus
11. März 2020	Rundschreiben - Vorgehensweise Coronavirus
13. März 2020	Rundschreiben - Corona-Virus (COVID – 19), Bedienstetenschutz und Aufrechterhaltung des Dienstbetriebs
31. März 2020	Information - Corona-Virus - Arbeit von zuhause – Zeiterfassung, Überstunden und Erholungsurlaub
8. April 2020	Informationsschreiben - Corona-Virus - Büroalltag: Schutzmasken und Abstandhalten
23. April 2020	Informationsschreiben - 2. COVID-19 Gesetz - Möglichkeit der Anordnung von Erholungsurlaub
8. Mai 2020	Informationsschreiben - Corona - Schritte zum regulären Dienstbetrieb

Zu den Fragen 14 bis 18:

- *Welche Gesetze die im Zusammenhang mit der COVID-19-Krise beschlossen wurden, müssen Sie vollziehen? (Auflistung nach Datum Veröffentlichung, Betreff und Verweis auf das jeweilige Bundesgesetzblatt)*
- *War Ihr Ressort bei der Textierung der jeweiligen Gesetze eingebunden? (Auflistung nach Gesetz)*
- *Hat Ihr Ressort bei jenen Gesetzen, bei denen es eingebunden war, den Verfassungsdienst konsultiert? (Auflistung nach Gesetz)*
- *Wie lautete jeweils die Stellungnahme des Verfassungsdienstes?*
- *Bei welchen Gesetzen, die im Zusammenhang mit der COVID-19-Krise beschlossen wurden und für deren Vollzug Ihr Ressort nicht zuständig ist, war Ihr Ressort bei der Textierung eingebunden? (Auflistung nach Gesetz)*

Im Rahmen der sich aus dem Bundesministeriengesetz 1986 und der Geschäftseinteilung des Bundeskanzleramtes ergebenden Zuständigkeit zur legislativen Vorbereitung von Gesetzesvorhaben (Eigenlegistik) hat das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst an den Novellen des KommAustria-Gesetzes, des Presseförderungsgesetzes 2004, des Publizistikförderungsgesetzes 1984 sowie des ORF-Gesetzes durch das 4. COVID-19-Gesetz, BGBl. I Nr. 24/2020, vorbereitend mitgewirkt. Die Gesetze selbst beruhen auf Initiativanträgen.

Sebastian Kurz

